

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Zwickau, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Zwickau, des Finanzamts Zwickau und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1530
Stroße Nr. 52.

Nr. 146.

Freitag, 26. Juni 1925, abends

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibweise 16 Silben, 25 Gold-Pfennige, die 39 mm breite, 3 mm hohe, 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligung Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vergrößert, durch Ringe eingespart werden muß oder der Auftraggeber in Raten bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Zwickau. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckers, des Verlegers oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abbestellung und Verleger: Langner & Winterlich, Zwickau, Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Zwickau; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Zwickau.

Die wichtige Rede Chamberlains.

Berlin, 26. Juni. Eine große Rede des englischen Außenministers Chamberlain über die Sicherheitsfrage hat in den Berliner politischen Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen. Man erwidert in den Darlegungen der englischen Regierung den ersten Versuch, die Situation zu klären und die Voraussetzungen für eine erfolgsversprechende Diskussion des ganzen Fragenkomplexes zu schaffen. Auffallend ist, daß die Erklärungen Chamberlains weniger an die öffentliche Meinung in England als an die Regierungen in Deutschland und in Frankreich gerichtet waren. Es ist daher vorzuziehen, daß man jetzt in Berlin und in Paris auf die Ausführungen Chamberlains eingehen muß. Hoch interessant ist die Auslegung, die Chamberlain hinsichtlich der Anwendbarkeit des Artikels 16 der Völkerbundsstatuten gibt. Diese Auslegung wäre, falls sie zur Tatsache würde, für Deutschland annehmbar und könnte sogar die Voraussetzung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schaffen. Chamberlain betonte, daß sich Artikel 16 gegen den „Angreifer“ richte. Wenn in einem deutsch-polnischen Konflikt Deutschland als „Angreifer“ auftritt, dann bestehe die Verpflichtung, Polen zu Hilfe zu kommen, sei es durch die Vermittlung anderer Mächte oder durch eigene Kräfte. Gegenüber Polen nicht die geringste Verpflichtung haben, auch nicht auf Grund anderer Verträge, sondern es trete wieder die Wirksamkeit des Artikels 16, und zwar diesmal zugunsten des angegriffenen Deutschlands ein, da Deutschland von diesem Artikel kraft seiner Mitgliedschaft im Völkerbund Gebrauch machen könne. Diese Auslegung Chamberlains ist von so großer Bedeutung, daß sie namentlich in Berlin noch sehr eingehend geprüft werden wird. In der deutschen Regierungskreisen erinnert man nämlich daran, daß die Reichsregierung seinerzeit vom Völkerbund eine Interpretation des Artikels 16 verlangt hat, ein Bemühen, das infolge erfolglos geblieben ist, als der Völkerbund nur unbedingte Erklärungen geben konnte. Chamberlains Interpretation ist aber für Deutschland annehmbar. Es fragt sich nun, ob sich die englische Regierung und das englische Parlament dem Standpunkt Chamberlains endgültig zu eigen machen, damit in späterer Zukunft nicht etwa der Fall eintritt, daß man sich deutschseits auf derartige Erklärungen beruft, die Gegenstücke sie aber wieder vergessen hat.

Wie man erfährt, wird wahrscheinlich Reichsminister Dr. Luther persönlich in den nächsten Tagen in einer Rede auf die Erklärungen Chamberlains antworten. Nachdem die englische Regierung ihren Standpunkt darzulegen hat, muß man allerdings erst noch eine weitere Stellungnahme der französischen Regierung abwarten, und zwar zur Interpretation des Artikels 16 abwarten, die man deutschseits in die Erörterungen einbringen kann. Man sieht aber in Berlin voraus, daß die wesentlichen Stellen der englischen Erklärungen auch für Frankreich vollkommen neu sind und dort entsprechende Wirkungen hervorzurufen werden. Sehr wichtig wäre für Deutschland die Frage, wie sich Frankreich zu der Interpretation Chamberlains hinsichtlich des Artikels 16 verhält. Die französische Regierung befindet sich zweifellos in einer sehr unruhigen Lage; denn sie kann gegen Chamberlains Standpunkt weder in juristischer noch in moralischer Hinsicht auch nur das geringste einwenden. Man wird daher damit rechnen müssen, daß die französische Regierung ausweicht und überhaupt nicht auf die Erörterungen eingehen wird. Darin würde es aber Aufgabe der deutschen Diplomatie sein, sofort einzugreifen und die Diskussion über den Artikel 16 wieder in Fluß zu bringen, zumal bei dieser Gelegenheit die Frage des Durchmarsches endgültig geklärt werden kann. In den Berliner außenpolitischen Kreisen muß man übrigens feststellen, daß die Klärung der außenpolitischen Situation jetzt von Tag zu Tag Fortschritte macht.

Rein russisches Pattangebot an Deutschland.

Berlin. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ bringt eine alarmierende Sensationsmeldung, in der behauptet wird, daß die russische Sowjetregierung an Deutschland mit einem Sicherheitsangebot herantreten sei, dessen Zweck es wäre, einen Sicherheitspakt mit den Westmächten überflüssig zu machen. Die Sowjetregierung wolle die Verpflichtung übernehmen, irgendwelche Abmachungen mit Frankreich, die eine Spitze gegen Deutschland enthalten könnten, abzulehnen. Sie würde, wenn notwendig, die Westgrenzen Deutschlands am Rhein mit den russischen Truppen garantieren. Weiterhin bietet Moskau seine Dienste an, um auf Polen einen Druck auszuüben, damit es Deutschland gegenüber eine Abänderung seiner Grenzen zugestehen. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rausan, habe die Annahme des russischen Vorschlages aufs wärmste empfohlen.

Es ist klar, daß diese französische Tendenzmeldung dem Zweck verfolgt, die außenpolitische Lage ernsthaft zu beunruhigen und die Verhandlungen über einen Sicherheitspakt zu lösen. Dabei bleibt die Frage offen, ob etwa aus dunklen russischen Quellen derartige Behauptungen aufgestellt worden sind, um das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes zwischen Deutschland und den Westmächten zu vereiteln. Deutschland kann nur mitgeteilt werden, daß derartige Vorschläge Moskaus niemals an Deutschland ergangen sind. Selbst wenn die Sowjetregierung auf derartige Gedanken verfallen wäre, bestünde für Deutschland kein Grund, derartige Abmachungen mit Russland einzugehen.

Sächsischer Landtag.

11. Dresden, 25. Juni 1925.

Die heutige Tagesordnung weist nicht weniger als 23 Punkte auf. Zunächst verweist sich Präsident Müller gegen solche Darstellungen in einem von Abg. Neufuß veröffentlichten Artikel „Gesetzgebung und Konstitutionsänderung“ über Neuherausgabe des Präsidenten an dem Schreiben der Regierung über die kirchliche Abfindungsfrage. Der Präsident stellt fest, daß er nicht behauptet habe, daß die Fraktionen ihre Zustimmung zu dem Schreiben gegeben hätten; sondern er habe vielmehr gesagt, sie hätten keine Einwendungen erhoben. Die Abstimmung des Abg. Neufuß mit seinen Angaben wird darauf hinaus, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß der Präsident die Regierung bei angeblichen Verletzungen unterstützen wolle.

Abg. Renke (Linsdorf) erklärt, seine Angaben entsprächen den Tatsachen. Bei Kap. 32 (Ruhstätt) wird für die Akademie der bildenden Künste zu Dresden der Zuschuß in Höhe von 21000 Mark genehmigt, für Kunstgewerbe im allgemeinen ein solcher von 117500 Mark, und die Regierung ersucht, genehmigt Verhandlungen betreffs der künftigen Erhaltung der Anstalten in Annaberg einzuleiten.

Eine längere Aussprache entspann sich dann über das Strafkapitel.

Der Abg. Jäger (Draz.) heftige Vorwürfe gegen die Verwaltung des Landes durch die Regierung erhob, die diese energisch zurückwies.

Bei Kap.

Technische Hochschule erklärte Ministerpräsident Dr. Boettcher auf eine Anfrage des Abg. Siebert (Draz.), die Regierung sei sich der Verantwortung bewußt, den Lehrernachwuchs von den Pädagogischen Instituten in vollem Maße zu sichern. Abg. Dr. Senfner (Dem.) sagte, die an den Pädagogischen Instituten beschäftigten Professoren seien überaus, daß der beherrschende Weg der Lehrerausbildung der richtige sei. Die wachsenden Kosten für die Lehrkräfte würden ausgeglichen durch den geringen Aufwand, der für die Vorbildung der künftigen Lehrer nötig sei. — Das Kapitel wird hierauf nach der Vorlage genehmigt.

Sodann begründet Abg. Dr. Dehne (Dem.) seinen Antrag auf Erlass eines Gesetzes über eine

Abänderung des Verwaltungskostengesetzes vom 30. April 1906. Der Antrag wird nach kurzer Aussprache an den Rechtsausschuß verwiesen.

Abg. Schirch (Soz.) begründet sodann den Antrag seiner politischen Freunde, die Regierung zu ersuchen, allen Beamten der Besoldungsgruppen 1-6 über die Besoldungsordnung hinaus eine

Beihilfsbeihilfe von 100 Mark

zu gewähren. Abg. Renner (Komm.) erwidert, die beantragten 100 M. seien nur ein Drittel. Es bedürfe einer durchgreifenden Änderung der Besoldungsverhältnisse. Redner stellt den Antrag, die beantragte Beihilfsbeihilfe auch den Lohn- und Gehaltsempfängern in den gleichen Verhältnissen zu gewähren.

Abg. Börner (Draz.) hält den sozialdemokratischen Antrag für gut gemeint, aber unbedenklich.

Ministerpräsident Dr. Schulze: Die Regierung hält eine Erhöhung des Realinkommens der Beamten, namentlich der unteren, für notwendig. Sie kann aber die Erhöhung nicht von sich aus durchführen, sie muß die Entschlüsse des Reichstages abwarten. Wegen der Erhöhung der Beamtenbezüge in der Form einer einmaligen Beihilfsbeihilfe bedürfen erhebliche Bedenken.

Abg. Rehrig (Linsdorf) wünscht Erledigung des Antrages noch vor den Ferien.

Abg. Claus (Dem.) bemerkt, an einer solchen einmaligen Beihilfe sei den Beamten nicht gelegen, weil dadurch leicht eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter hinausgeschoben werden könnte.

Der Antrag geht an den Haushaltsausschuß A.

Im übrigen wurden einige Kapitel des ordentlichen Staatshaushalts nach der Vorlage genehmigt. Die nächste Sitzung findet Dienstag, 30. Juni, nachm. 1 Uhr statt.

Neuer Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister.

11. Dresden. In der gestrigen Sitzung des Landtages brachten die Deutschnationalen einen Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister Dr. Reinhold ein, über den am Donnerstag, den 2. Juli, abgestimmt werden soll. Gestützt wurde der Antrag mit dem zwischen dem Staat und der Kraftfahr-Gesellschaft bestehenden Verhältnis.

Schulfragen vor dem Landtagsauschuß.

Der Rechtsausschuß behandelte den deutschnationalen Antrag Siebert, verschiedene Schulfragen betreffend. Wegen die Stimmen der Deutschnationalen wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, durch die, zum Teil unter Abänderung und Ergänzung der einschlägigen Gesetze, folgende Maßnahmen Gesetzeskraft erhalten sollen:

- Zur Förderung des inneren Unterrichtsbetriebes ist ein verbindlicher Lehrplan für den Unterricht aufzustellen.
- Für jede Volksschule mit sechs und mehr Lehrkräften unter maßvoller Wahrung des Selbstverwaltungsprinzips des staatlichen Amtes eines verantwortlichen aufsichtsberechtigten Schulleiters wieder einzurichten und in diesem Sinne das Amt des Schulleiters weitestmöglich umzusetzen.
- Die Entlastung der Bezirksämter durch äußerer Verwaltungsarbeit herbeizuführen.

der Bezirke und durch Vermehrung ihrer Verwaltungsbeamten.

b) zur Hebung der Schulzeit die Möglichkeit der Anwendung körperlicher Züchtigung als letzten Strafmittels im Auge zu fassen.

Die Forderung des deutschnationalen Antrages auf Einführung der Verhältniswahl in der Schulverwaltung wurde ausgelehnt bis zur Beratung des Schulverfassungsgesetzes und die Forderungen bezüglich des Religionsunterrichts und des Elternrechtes bis zur Verabschiedung des Reichsschulgesetzes.

Zum Schluß erklärten überraschenderweise die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionmehrheit, die kurz vorher noch für den Antrag Siebert gestimmt hatten, daß sie im Plenum gegen den Antrag stimmen würden.

Deutsche Industrietagung in Köln.

Geheimrat Dr. Brüderberg gab am Donnerstag den Vorsitz der Entschlüsse des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Entlastungsnote bekannt. Darin wird betont, daß die Entlastungsnote erneut die unnötige Zerschneidung wirtschaftlicher Werte erkränke und die deutsche Industrie hindere in ihrem Willen, des Vaterlandes wegen an der Abwälzung der uns auferlegten Lasten nach Kräften mitzuwirken.

Angenommen wurde eine Entschlüsse zur Steuerreform, worin u. a. Ländern und Gemeinden größte Sparmaßnahme empfohlen und gefordert wird, daß keine Entscheidung über das Zuschlagsrecht erst getroffen werde, wenn die gesamte steuerliche Belastung der Wirtschaft durch die neuen Gesetze überblickt werden könne.

Beschieden wurde ein Begrüßungsgramm des Reichspräsidenten v. Hindenburg, des Reichskanzlers Dr. Luther, des Außenministers Dr. Stresemann und des Wirtschaftsministers Dr. Reuband.

Staatssekretär Simon als Leiter des handelspolitischen Ausschusses gab hierauf einen Überblick über den gegenwärtigen Stand unserer Handelsvertragsverhandlungen, wobei er u. a. betonte, daß die deutsch-französischen Verhandlungen nur langsam vorwärts kämen.

Der frühere badische Staatspräsident Dr. Hummel sprach hierauf über „Unternehmertum und Staat“.

Zum Schluß erging

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

das Wort zu einem großartigsten Vortrag über Währungs- und Produktionspolitik. Er führte aus: Die deutsche Währung ist stabil und wird nicht verlassen. Das Sträuben mancher Leute gegen die Erkenntnis dieser Tatsache beruht darauf, daß die Warenpreise nicht stabil sind, und daß der Wert des Goldes ebenfalls nicht stets ein gleicher ist. Eine Stabilität der Preise herzustellen, ist völlig unmöglich.

Deutschland ist ein von der internationalen Wirtschaft heute mehr denn je abhängiges Land, das sich nicht das Experiment einer Sonderwährung leisten kann, sondern sich den Währungsgrundlagen der den Weltmarkt beherrschenden Länder anschließen muß.

Der eigentliche Träger der deutschen Währung ist die deutsche Wirtschaft.

Die Notwendigkeit, die umlaufenden Reichsbanknoten in ihrem Goldwert zu erhalten, verbietet es der Reichsbank, den weitgehenden Wünschen der Wirtschaft um Kreditgewährung in größerem Umfang als bisher nachzukommen. Eine Politik der Kreditbegrenzung ist für die Reichsbank unerlässlich. Dennoch liegen Mitte Juni bei allen diesen Instituten Kredite im Gesamtbetrag von rund 25 Milliarden. Eine schwere Belastung des Produktionskapitals stellen auch die Arbeitslosen dar, die die Wirtschaft mitschleppen muß. Die deutsche Produktionspolitik muß danach streben, die Preise zu senken, um dadurch vergrößerten Absatz zu gewinnen. Die Grundursache aller dieser Misse ist die fortwährende außenpolitische Benachteiligung. Der Redner stellte schließlich öffentlich fest, daß wir das Dawes-Gutachten erfüllt haben, unsere Gegner aber nicht.

In dem schwereren Kampf, so schloß Dr. Schacht, den wir um unsere nationale Existenz führen und den wir nur mit geschickten und Wirtschaftswaffen führen können und wollen, beherrscht die Reichsbankpolitik nur einen kleinen Ausschnitt. Sie wird aber immer in der Richtung arbeiten, daß die ankündigenden Kräfte des Auslandes ihre Aktion und Hilfe einer christlichen und tüchtigen großen Nation nicht verweigern können. (Beifall.)

Gen. Kommerzienrat Louis Hagen dankte dem Redner für seine Ausführungen und sprach den Wunsch aus, daß die nächste Tagung unter günstigeren Verhältnissen stattfinden möge. Zum Schluß sprach der Ehrenvorsitzende des Reichsverbandes, Dr. Sorge, dem Reichsverband seinen Dank aus für seine heute bewährte Ehrenmitgliedschaft, und gab seiner Befriedigung Ausdruck, dadurch auch weiter in engerer Fühlung mit dem Reichsverbande bleiben zu können.

Mit diesen letzten Reden hatte die Mitgliederversammlung ihr Ende erreicht.

Der neue amerikanische Botschafter in Berlin.

Berlin. Der neue amerikanische Botschafter in Berlin Gould Thurman ist gestern nachmittag um 5,30 Uhr von London kommend in Berlin angekommen. Er wurde von dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, Gesandtschaftsrat Dr. Roeder und den Beamten der amerikanischen Gesandtschaft empfangen. Amerikanische Pressevertreter erklärten der Botschafter nur, daß er eine angenehme Heberfahrt gehabt habe, in London gut empfangen worden sei und sich sehr freue, nach Berlin zu kommen.